

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 22-2024

Bismarck soll zurück auf seinen Sockel **BFF-BIG: „Politik darf nicht vor gewalttätiger Willkür einknicken“**

In einem politisch motivierten Akt von Vandalismus wurde das Bismarck-Denkmal im Stadtteil Höchst in der Nacht vom 14. auf den 15. November 2024 zerstört, die Bronzestatue aus dem Jahr 1899 wurde anschließend gesichert und befindet sich derzeit in einem städtischen Depot.

Nachdem Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) auf Nachfrage mitteilte, dass das Denkmal vorerst nicht restauriert werden solle, sondern man zunächst die Ergebnisse einer Kommission für Erinnerungskultur abwarten, hat die BFF-BIG-Fraktion im Römer jetzt einen Antrag in das Stadtparlament eingebracht, in dem der Magistrat dazu aufgefordert wird, das Bismarck-Denkmal in Höchst unverzüglich von den Farbschmierereien zu befreien und wieder aufstellen zu lassen.

Zuvor hatten zahlreiche Höchster Bürger, darunter Vertreter des Höchster Vereinsrings, des Höchster Geschichtsvereins, der Höchster Altstadtfreunde, des Bundes für Volksbildung sowie politisch Engagierte im Stadtteil am Sonntag, dem 15. Dezember 2024 auf eindrucksvolle Weise deutlich gemacht, was sie von den kruden Thesen der Organisatoren einer Mahnwache gegen die Wiederaufstellung des Bismarck-Denkmal halten und ihrer Forderung Nachdruck verliehen, dass es genau an dem Standort wieder aufgestellt werden muss, an dem es seit nunmehr 125 Jahren gestanden hat.

„Eine politische Auseinandersetzung über die historische Figur Otto von Bismarck kann jederzeit stattfinden, jedoch im Rahmen des demokratischen Diskurses, zu dem politisch motivierter Vandalismus in keinem Fall gehört und auch nicht gehören darf.“, stellt der BFF-BIG-Fraktionsvorsitzende Mathias Pfeiffer dazu fest. „Mit der zeitnahen Wiedererrichtung des Bismarck-Denkmal in Höchst sendet der Magistrat damit das dringend notwendige Signal aus, dass Gewalt als Form der politischen Auseinandersetzung inakzeptabel ist.

Alles andere würde aus Sicht der BFF-BIG-Fraktion ein Einknicken der Politik vor einem Akt gewalttätiger Willkür bedeuten und damit Unrecht zu Recht erheben. „Das kann und darf für Demokraten keine Option sein, zumal die Ergebnisse der Kommission für Erinnerungskultur nicht vor Mitte 2026 erwartet werden.“, so Pfeiffer. Seine Fraktion plädiert stattdessen dafür, im Zuge der Wiederaufstellung des Denkmal dieses endlich mit der seit geraumer Zeit vom Ortsbeirat 6 geforderten Plakette zu versehen, die neben den historischen und kunstwissenschaftlichen Mindestangaben einen QR-Code beinhaltet, über den Interessierte weitergehende Informationen abrufen können.

„Mit dieser Vorgehensweise ist allen Seiten Genüge getan, denn damit wird das Andenken an den Staatsmann Otto von Bismarck gewahrt und eine historisch-kritische Würdigung seiner Person ermöglicht.“, so Pfeiffer abschließend.

Frankfurt am Main, 23. Dezember 2024